

Linie 4 ist vom größten Interesse

Bürger nutzen Fragestunde in der Ratssondersitzung

Von unserem Redakteur
Peter Hanuschke

LILIENTHAL. Liegen den Ratsmitgliedern eigentlich die 300 Einwände im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Straßenbahnlinie 4 zur Einsicht vor? Die Bürger stellten ihre Fragen – im Vorfeld der Ratssondersitzung am Donnerstagabend fand eine Einwohnerfragestunde statt – in erster Linie zum geplanten Straßenbahnprojekt.

„Den Fraktionen haben wir alle Einwände auf einer CD zur Verfügung gestellt“, antwortete Bürgermeister Willy Hollatz. Das eigentliche Verfahren und die Abwägung der Eingaben finde in Bremen statt.

Heidi Kupsch (FDP), erklärte Straßenbahngegnerin, nahm die Frage zum Anlass, um ihre derzeitige Einschätzung grundsätzlich darzustellen: Für die Politiker sei es

schwierig, eine Entscheidung in Sachen Straßenbahn zu treffen. Denn nach wie vor liege ihnen nicht die Standardisierte Bewertung vor, und es gebe überhaupt keinen Planfeststellungsbeschluss.

Andere Ratsmitglieder nahmen den Ball auf und gaben ihre allgemeinen Statements ab. Für Heiner Haase (Bündnisgrüne) ist klar, dass die Eingaben verantwortungsvoll behandelt werden. Davon unabhängig müsse aber herausgestellt werden, dass die Linie 4 in jedem Fall eine politische Entscheidung bedürfe: „Wir müssen uns klar positionieren, will man die Linie 4 oder will man sie nicht.“

Hans-Joachim Jühdes (SPD) hätte schon am Donnerstagabend über die Linie 4 entscheiden können – die Standardisierte Bewertung gebe da nicht den Ausschlag, stellte er in Richtung Heidi Kupsch klar.

„Das, was wir nun am 5. November entscheiden werden, machen wir unter Vorbehalt.“ Denn wenn klar definierte Situationen nicht eintreffen sollten, dann würde das Projekt Linie 4 nicht umgesetzt werden.

Was den Vorbehalt angeht, wollte ein Bürger wissen, ob das auch die Folgekosten betreffe. Was sei, wenn die weit über den prognostizierten 270000 Euro jährlich liegen – müsse Lilienthal immer alles zahlen? Jühdes knappe Antwort: „Ich gehe davon aus, dass die Folgekosten gewissenhaft geschätzt worden sind.“ Straßenbahngegner Christoph Meyer (CDU) schlug vor, vertraglich eine Obergrenze festzulegen, und Heidi Kupsch stellte fest, dass den Politikern jegliche Informationen fehlten, wie sich die Folgekosten überhaupt zusammensetzen. Das soll ihnen in den nächsten Tagen zugestellt werden, versicherte Bürgermeister Hollatz.